



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

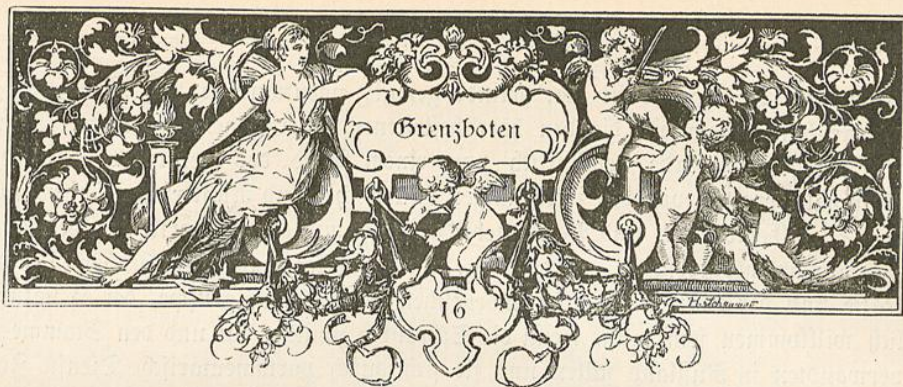
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Handelsvertrag mit Rußland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Handelsvertrag mit Rußland



Am 20. März ist der Handelsvertrag mit Rußland in Kraft getreten und damit — nach einem wunderlichen Artikel des sonst so sachlichen und nüchternen Militärwochenblatts — das Mittelalter erst beendet und eine neue Zeit der Völkerverbrüderung und Weltpolitik angebrochen. Da wir nicht diese Gabe der Prophezeiung ins Blaue hinein haben, so wollen wir uns damit begnügen, näherliegendes ins Auge zu fassen.

Es fällt uns nicht ein, zu leugnen, daß der russische Handelsvertrag eine Folge aus den Verträgen mit Oesterreich und Italien war, und daß sich die Regierung wie der Reichstag gegenüber Rußland in einer Zwangslage befand, daß also der Fehler weiter zurückgeht und auch gar nicht bloß in jenen älteren Handelsverträgen besteht, sondern in dem Aufgeben der nationalen Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck. Wir möchten nur auf einige höchst bedenkliche Folgen des russischen Handelsvertrags hinweisen, die von der liberalen Presse unterschätzt werden.

Das erste, was dabei hervortritt, ist der fortdauernde scharfe Gegensatz zwischen der Vertretung der ostelbischen Landwirtschaft und den Kreisen der Industriellen und Kaufleute. Während in der konservativen Presse ein oppositioneller Artikel nach dem andern folgt, flaggen die Seestädte, und Danzig verleiht dem Grafen Caprivi das Ehrenbürgerrecht. Diese Flaggen beweisen freilich nichts zu Gunsten des Handelsvertrags, was man nicht schon wüßte; denn daß Industrie und Handel von der Öffnung des russischen Reichs wesentliche Vorteile haben würden, hat noch niemand geleugnet. Die Frage ist, ob sie die Landwirtschaft überstehen kann. Eine Schärfung dieser Gegensätze, wie sie etwa am Ausgange des Mittelalters bestand, ist die erste Folge des neuen

Vertrags. Das zweite ist die, gelinde gesagt, eigentümliche Zusammensetzung der Reichstagsmehrheit, die den hart bestrittenen Vertrag genehmigt hat. Denn diese Mehrheit wurde bekanntlich von einem Teile des Zentrums und der Nationalliberalen, von den Freisinnigen Rickertschcr und Richtercher Observanz, den Sozialdemokraten und Polen gebildet, also mit einem Worte von der teils die Parlamentsherrschaft erstrebenden, teils radikal antimonarchischen Demokratie und der Vertretung einer undeutschen Bevölkerungsgruppe, der es natürlich willkommen sein muß, wenn die Schranken zwischen ihr und den Stammesverwandten in Rußland fallen und sie sich durch parlamentarische Dienste Zugeständnisse der Regierung erwerben kann. Optimisten sehen in dieser bis jetzt noch nicht dagewesenen Unterstützung einer entscheidenden Regierungsvorlage vielleicht einen der vielen Siege des neuen Kurses, die für andre Leute eine verzweifelte Ähnlichkeit mit Pyrrhusiegen haben; aber obwohl Graf Caprivi unzweifelhaft zu den Optimisten zählt, so möchten wir doch nicht glauben, daß er an diesem Erfolg eine reine Freude hat. Denn in der Minderheit stehen gerade die Parteien, mit denen, freilich in dem nun verflochtenen „Mittelalter,“ Fürst Bismarck, der ja allerdings zu den ostelbischen Großgrundbesitzern gehört und deshalb nicht die notwendige Unbefangenheit des Urteils gehabt hat, seine Wirtschaftspolitik gemacht und das deutsche Reich gegründet hat. Das ist ein Verhältnis, das um so mehr die ernsteste Beachtung aller verdient, die sich noch selbständiges Urteil gewahrt haben, als es mit der Abstimmung nicht aufgehört hat. Denn der Kern der konservativen Partei verharret offenbar in der schärfsten Opposition zur Regierung. Daß das ein natürlicher oder gar wünschenswerter Zustand wäre, wird, abgesehen von extremen Parteimännern, kein Mensch behaupten, um so weniger als die Reichsregierung der Hilfe der augenblicklichen Minderheit für ihre Reichssteuerreform gar nicht entbehren kann, weil die Herren von der jetzigen Mehrheit in diesen Fragen ihre Gegner sind.

Nun wird man ja sagen können: die ostelbischen „Junker“ vertreten eben nur ihre besondern egoistischen Interessen, und darnach kann sich die Regierung nicht richten. Als ob die Herren von der Industrie und von der Börse aus purer Vaterlandsliebe für den Handelsvertrag gestimmt hätten! Gewiß sind unter jenen „Interessen“ der ostelbischen Grundbesitzer auch solche, die niemand als berechtigt anerkennen wird. Für ein üppiges Leben der in der Armee dienenden Herren Söhne und leichtsinniges hohes Spiel brauchen allerdings die Einkünfte der Herren Väter nicht auszureichen, und wenn sich Träger der ersten Namen so wenig des alten Wortes Noblesse oblige erinnern, daß sie, die sonst so exklusiv in der Wahl ihres Umgangs sind, sich nicht schämen, mit verächtlichen Gaunern jüdischer und christlicher Abkunft kameradschaftlich zu verkehren, so ist das ein Skandal, der nur zu geeignet ist, gegen die ganze Gesellschaftsklasse ein ungünstiges Vorurteil zu begründen. Die betrogenen und

ausgeplünderten Söhne adlicher Geschlechter saßen in Hannover auf der Anklagebank, nicht die gewerbmäßigen Falschspieler, gegen die formell die Anklage ging. Aber es wäre die ärgste Ungerechtigkeit, zu verkennen, wie viele tüchtige Elemente in diesem Stande vorhanden sind, wie viel Treue, Hingebung, Pflichtbewußtsein und Ehrgefühl in ihm lebt, wie viel eine jahrhundertelange Tradition für die Söhne dieser Geschlechter bedeutet, wie der Staat, und vor allem der preußische Staat, auf diese sozialen Schichten gar nicht verzichten kann, weil er mit ihnen unzertrennlich verwachsen und besonders durch sie emporgekommen ist. Es ist wahr, die Hohenzollern haben ihren monarchischen Staat ohne und gegen das brandenburgische, pommersche und preußische „Sunkertum“ aufgerichtet und auch noch später, als er längst feststand, bei manchen ihrer Maßregeln hartnäckigen Widerstand von dieser Seite gefunden, wie z. B. bei der agrarischen Gesetzgebung seit 1807. Aber im ganzen betrachtet ist seit Friedrich Wilhelm I. der ostelbische Adel Preußens ein politisch-militärischer Adel von streng monarchischer Gesinnung geworden, wie die Welt kaum einen zweiten kennt; er hat nicht nur auf zahllosen Schlachtfeldern sein Blut für das Königtum und die Größe des Staats vergossen, sondern auch, vor allem in dem grundlegenden Landratsamte, das den Adel in den Dienst des Staats zu ziehen bestimmt war und gezogen hat, einen großen Teil der Verwaltung getragen und in schweren innern Krisen die festeste Stütze der Monarchie gebildet. Und diesen Stand hat die Handelsvertragspolitik des neuen Kurses in eine so scharfe und erbitterte Opposition getrieben, wie er sie niemals geführt hat. Beginnt sie sich doch schon hier und da gegen die Person des Monarchen zu richten, was bei der heutigen sehr persönlichen Regierungsweise freilich nicht zu verwundern ist. Auch Fürst Bismarck hat gelegentlich die Konservativen gegen sich gehabt, aber er blieb immer der Standesgenosse dieses Adels, der gegen dessen Lebensinteressen und Grundanschauungen gar nicht handeln konnte, weil er selbst viel zu fest mit ihm verwachsen war. Zwischen dem ostelbischen großgrundbesitzenden Adel und dem jetzigen Reichskanzler besteht dagegen gar kein innerer Zusammenhang, weder der Anschauungen noch der Interessen. Darin vor allem liegt die schwere Gefahr des tiefen Gegensatzes zwischen beiden. Selbst die begeistertsten Verehrer des Grafen Caprivi werden dies Ergebnis seiner bisherigen Wirtschaftspolitik, die schroffe Oppositionsstellung des mit dem Leben des preußischen Staats aufs festeste verwachsenen Standes, für kein Meisterstück erklären wollen; andre werden darin einen schweren Fehler sehen, jedenfalls ein Unglück.

Was aber hat denn die Konservativen in diese Opposition getrieben? Merkwürdigerweise stimmen sie mit den Sozialdemokraten in der Erwartung der wahrscheinlichen Wirkungen der Handelsvertragspolitik überein. Der „Vorwärts“ hat die Ansichten seiner Partei leztthin rund und nett entwickelt, und es ist eine seltsame Naivität oder Kurzsichtigkeit liberaler Blätter, wenn sie

diese Auseinandersetzungen als nicht ernst zu nehmende Hirngespinnste belächeln zu können glauben. Die Überflutung Deutschlands mit billigem Getreide wird, so sagt etwa der Vorwärts, den Preis des deutschen Getreides so herabdrücken, daß sich die Grundbesitzer gezwungen sehen werden, mehr und mehr zur Weidewirtschaft überzugehen und sich auf die Produktion von Schlachtvieh zu werfen. Dadurch werden die ländlichen Arbeitskräfte zum Teil überflüssig gemacht werden, sie werden den Städten zufließen, wohin die Bevölkerung des platten Landes durch die höhern Löhne ohnehin gezogen wird; dort werden sich die ruinirten Bauern und die Tagelöhner, die bisher in der Landwirtschaft ihr Brot fanden, in Fabrikarbeiter verwandeln und rasch genug der Sozialdemokratie anheimfallen. Bricht dann über kurz oder lang eine schwere Krisis über Handel und Gewerbe herein, woran die Sozialdemokraten schon deshalb nicht zweifeln, weil die industrielle Überproduktion einer solchen mehr und mehr zudrängt und auch in Rußland die industrielle Entwicklung rasch vorwärts geht, dann kommt der große „Kladderadatsch,“ die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung bricht zusammen, und der sozialdemokratische Zukunftsstaat ist fertig. In dieser Schlußfolgerung steckt leider soviel Logik, daß manchen Politikern ein Körnchen davon zu wünschen wäre. Die Konservativen, wie Graf Mirbach, haben fast dasjelbe gesagt. Nun, wenn eine Reihe adlicher Familien auf eine bescheidnere Lebenshaltung zurückgedrängt würde, so wäre das für sie zwar sehr bitter, aber weder für sie selbst noch für die Allgemeinheit gerade ein Unglück. Wenn sich eine andre Reihe von unsolid bestellten und verschwenderisch über ihre Verhältnisse hinaus lebenden Großgrundbesitzern nicht behaupten könnte, so wäre das eher ein Vorteil. Wenn sich noch andre veranlaßt sehen sollten, einen Teil ihres Besitzes in Bauernstellen zu verwandeln, so wäre das für den Osten ein großer Fortschritt. Aber wenn auch zahlreiche solide alte Familien, die viele Geschlechter hindurch dem Staate treue Diener gestellt und mit ihm nicht bloß gesiegt, sondern auch gelitten haben, wirtschaftlich zu Grunde gehen sollten, so wäre das ein Unglück nicht nur für sie, sondern auch für den Staat. Nicht unbedingt ein wirtschaftliches, falls nämlich Bauern an die Stelle träten, aber auch ein solches, wenn jüdische und christliche Börsenjobber diese Güter erwerben sollten, um sie als vornehmen Sommeraufenthalt zu benutzen und dort „noble,“ aber sehr unwirtschaftliche Passionen zu treiben. Aber in beiden Fällen wäre es ein sittliches Unglück. Denn die sittliche Erbschaft ehrenwerter, alter, mit Land und Leuten fest verwachsener Adelsgeschlechter kann weder der einfache Bauer antreten noch vollends der großstädtische Geldmann, der weder an dem Lande noch an den Leuten ein Interesse hat, und dem es ganz gleichgiltig ist, ob er sich in Pommern oder Schlesien oder sonstwo ankauft. Und wer will bei dem jetzigen Stande unsrer Gesetzgebung derartige Folgen hindern?

Aber weiter. Werden die ländlichen Löhne noch niedriger als jetzt, dann

wird die „Sachjengängerei“ noch ärger werden, und polnische und russische Tagelöhner werden die Lücken füllen, Leute, die an sich schon ein zweifelhafter Zuwachs sind, und die obendrein zu den unsteten, halbnomadischen Elementen unsrer Gesellschaft gehören, an denen unsre Zeit leider schon so reich ist. Und wenn dann endlich die auf dem platten Lande heruntergekommenen oder überflüssigen Arbeitskräfte in die Städte strömen, wenn die Großstädte immermehr wie Wasserköpfe anschwellen und der wahrhaft kindische Ehrgeiz, einander an Einwohnerzahl, an „Größe“ zu überflügeln, befriedigt wird, wenn die Armen- und Schullast dort immer höher steigt, wenn die Lebensverhältnisse immer ungesünder und unnatürlicher werden, wenn die Industrie immer kräftiger „aufblüht“ und immermehr Fabrikschornsteine die Luft verpesten und verfinstern, dann wird allerdings Deutschland geworden sein, was der Gedankenlosigkeit als Ideal vorschwebt, ein Industriestaat. Aber davor wolle uns der Himmel bewahren. Denn das eröffnet uns Aussichten wie in Belgien und England, nur daß Deutschland daran zu Grunde gehen würde. Denn woher sollen die ungeheuern sichern Absatzgebiete für uns kommen, die England in seinen Kolonien und tributpflichtigen Ländern hat? Namentlich dann, wenn die deutsche Kolonialpolitik so zaghaft und mattherzig geführt wird wie seit vier Jahren? Wenn man sich scheut, ein großes afrikanisches Reich zu gründen, und unter dem spöttischen Lächeln unsrer Feinde und „Freunde,“ die wichtigsten Positionen dort schwachmütig und kurzichtig um nichts und wieder nichts preisgibt, dann soll man uns nicht von der Zukunft Deutschlands als Industriestaat oder gar von „Weltpolitik“ reden. Denn Weltpolitik und Kolonialpolitik ist dasselbe. Und wie verhängnisvoll würde eine solche Umwandlung für unser Staatsleben sein! Ein reiner Industriestaat ist nur für ein kleines Land möglich oder für ein Reich, das seiner Absatzgebiete sicher ist; für Deutschland ist er unmöglich. Ein Staat in unsrer Lage kann sich nur behaupten, wenn er sich eine starke landwirtschaftliche Bevölkerung erhält. Auf Adel und Bauern allein kann sich ein monarchischer Staat gründen, auf den Triebhand des internationalen Kapitalismus und einer städtischen sozialdemokratischen Fabrikarbeiterchaft nicht. Deshalb beansprucht in der That, nicht bloß in der konservativen Theorie, die Landwirtschaft ein größeres Maß von Rücksicht als Handel und Industrie. Sie ist eben nicht ein Gewerbe wie die Baumwollenweberei oder die Maschinenfabrikation, sondern sie ist das grundlegende Hauptgewerbe, in dem noch heute glücklicherweise die große Hälfte der deutschen Bevölkerung lebt und arbeitet. Selbst ein Staatsmann wie Miquel, der ihr nach seinem Entwicklungsgange ganz fern steht, hat anerkannt, daß in den letzten dreißig Jahren die Gesetzgebung Industrie und Handel zu einseitig berücksichtigt habe, und daß nunmehr eine Periode gesetzgeberischer Maßregeln zu Gunsten der Landwirtschaft folgen müsse. Kommt wirklich eine solche, gut, denn dann werden sich die Folgen der Handelsvertragspolitik mildern oder überwinden lassen; geschieht das aber

nicht, dann kann uns das „billige“ Brot recht teuer zu stehen kommen, dann werden die Sozialdemokraten Recht behalten und seiner Zeit die Garben schneiden.



Utopien eines Technikers



manuel Herrmann, der Erfinder der Postkarte,^{*)} ist eine anerkannte Autorität in technischen Fragen, ist akademischer Lehrer, Berater der österreichischen Staatsverwaltung und geistreicher Schriftsteller und muß von dieser vierfachen Grundlage aus einen gewaltigen Einfluß üben. Demnach will jedes seiner Bücher beachtet und — gründlich kritisiert sein. Stoff genug bieten sie, denn der Verfasser beherrscht eine erstaunliche Fülle von Wissen, bringt fast auf jeder Seite ein Dutzend tatsächlicher Angaben und ist Virtuose in der Kunst, diese zahllosen Einzelheiten aufs mannichfachste zu wunderlichen Geweben zu verknüpfen. So z. B. führt er durch alle Zeiten, Völker und Verhältnisse hindurch die Gliederung der Wirtschaftsordnung in vier Gebiete aus (einseitiges Nehmen, einseitiges Geben, zweiseitiges und wechselseitiges Nehmen und Geben), beschreibt den Menschen als innerstes Wirtschaftsgebiet, wobei dann Fleischerei, Mühle und Küche als erweiterter Verdauungsapparat erscheinen u. s. w. Man könnte das Buch, als eine Anatomie und Biologie der menschlichen Wirtschaft, das Pendant zu Schöffles großem Werke nennen, das die Anatomie und Biologie der Gesellschaft enthält. Wie Schöffle, verfährt auch er überfein im Zergliedern und Verbinden, im Aufsuchen von Analogien, und stellenweise schnappt seine Gelehrsamkeit über. So z. B. wenn er Seite 246 schreibt: „Nach der Ansicht des Autors bilden die gegenwärtigen Bestandteile des Menschenhauptes die letzten Überreste aus jenen Epochen, in denen unsre Ahnen noch weit reicher als jetzt gegliedert waren und die jetzt das Haupt zusammensetzenden und zusammengewachsenen [!] Glieder noch zum Sichfortbewegen und Greifen mit be-

^{*)} Wirtschaftliche Fragen und Probleme der Gegenwart. Studien zu einem System der reinen und technischen Ökonomik von Ministerialrat Dr. Emanuel Herrmann, o. ö. Professor an der k. k. technischen Hochschule in Wien. Leipzig, C. F. Winter, 1893. — In einer Polemik auf Seite 55 heißt es: „Bei diesem Anlaß muß der Autor sein Anrecht auf die Originalität der Idee und auf die Priorität der Einführung der Postkarte wahren und insbesondere Darstellungen von deutscher Seite entgegengetreten, die für Staatssekretär von Stephan die Priorität ausnahmslos in Anspruch nehmen wollen. Warum führt von Stephan in Deutschland den Kartenbrief nicht ein? u. s. w.“